

ERSTE HATTTENHEIMER RESOLUTION VOM 26. MAI 1948

Der Vorstand der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 hat in seiner Tagung vom 26. Mai, an der als Gäste eine Anzahl in Politik und Wirtschaft führender Persönlichkeiten teilgenommen haben, die nachstehende EntschlieÙung gefaÙt:

Drei Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten ist die Hoffnung der Völker, der Übergang vom Krieg zum Frieden werde genommen, ihrer Erfüllung nicht näher geführt. Die unglückliche Folge von Kriegen und Revolutionen, welche die nahezu abgelaufene erste Hälfte dieses Jahrhunderts charakterisiert, kann nicht als eine überwundene Phase gelten. Die Menschheit verfällt im Gegenteil mehr und mehr dem, an sich gefährlichen, Vorgefühl der dritten weltpolitischen Katastrophe.

„Frieden und Freiheit werden nicht gewonnen durch die Schwächung aller Kräfte, sondern durch ihr Gleichgewicht im lebhaften Wettstreit.“ Daher erfordert die Gestaltung des Friedens mehr Kühnheit als die Führung des Krieges. Aus demselben Grund bildet die Initiative zum Frieden nicht ein Privileg der Mächtegruppe, die im zweiten Weltkriege obsiegt hat. Vielmehr sind Alle berufen nach Maßgabe ihres guten Willens und ihrer inneren Stärke.

Innerhalb des deutschen Volkes hat die jüngste, bittere Erfahrung erneut Kräfte aktiviert, die von jeher eine endgültige Bereinigung unseres Verhältnisses zur Außenwelt erstreben, und ihnen die Chance gegeben. Wir sind bereit, den unseren Fähigkeiten entsprechenden Beitrag zur Verwirklichung jener neuen, befriedeten Welt zu erbringen, deren Errichtung die vormaligen Gegner als ihr Kriegsziel proklamierten. Blicke dieser lautere Impuls ohne Resonanz, so drohte das natürliche und berechtigte Verlangen nach Befreiung – damit abermals – der unlauteren Demagogie eines verzweifelten Nationalismus' überliefert zu werden.

- I. Staatspolitisch zielen wir auf die Einheit und Freiheit unseres Landes. Beschränkungen unserer Souveränität, die sich aus dem Erfordernis eines übernationalen, weltpolitischen Organismus' ergeben, werden wir uns nicht zu entziehen versuchen.
- II. Wirtschaftspolitisch verzichten wir auf Protektionismus, d.h. auf jede Behinderung der Freizügigkeit von Mensch, Gut und Kapital. Wir hoffen die gleiche Erkenntnis dieser Notwendigkeit in der Welt. Unser eigener Entschluß ist jedoch hiervon unabhängig.

Andererseits verlangen wir die Wiederherstellung unserer wirtschaftspolitischen Autonomie sowie die Zulassung zu freiem Wettbewerb auf den Märkten dieser Welt.

In Ermangelung dieser Voraussetzungen würde auch die amerikanische Europahilfe nur eine vorübergehende Anregung der Wirtschaft auslösen. Als Reaktion müsste ein krisenhafter Rückschlag folgen, der hinter den Ausgangspunkt des Unternehmens zurückwürfe.

ERSTE HATTENHEIMER RESOLUTION VOM 26. MAI 1948

Die Währungsreform ist vordringlich. Diese Vordringlichkeit besagt aber nicht, die Neuordnung des Geldwesens könne als eine isolierte Aktion glücken. Unternehme man sie, ohne gleichzeitig die umrissenen Maßnahmen zur allgemeinen zur allgemeinen Vorbereitung der wirtschaftlichen Gesundung zu ergreifen, so würde ein sozialer Notstand aufkommen, dem gegenüber die Währungspolitik kapitulieren, d.h. die Stabilität der Währung preisgeben müsste. Als spezielle Vorbedingung einer erfolgreichen Währungsreform erachten wir

1. die verbindliche Begrenzung des Requisitionsrechtes der Besatzungstruppen,
 2. den verbindlichen Verzicht auf Eingriffe in die heimische Substanz wie in den Wirtschaftsprozeß unter dem Titel der Reparation.
- III. Gesellschaftspolitisch leitet uns die Erkenntnis, daß die Situation allein bei Konzentration der nationalen Energien auf ein Ziel gemeistert werden kann, das oberhalb der Ebene liegt, die von dem Spiel des kurzfristigen Interessentums beherrscht wird. Die Richtung, die wir einzuschlagen haben, ist entwicklungsgeschichtlich gewiesen: die Verankerung der abendländischen Freiheit im Gefüge der Ökonomie. Alles politische Denken und Kämpfen unserer Zeit gehen im Grunde um sie.

Konkret bedeutet das

1. die Entproletarisierung der Arbeiterklasse,
2. die Rückgliederung der durch die Kriegsfolgen Entwurzelten oder von ihren Heimstätten Vertriebenen der Gesellschaft.

Beides erfordert eine Erhöhung des Sozialprodukts in einem Ausmaß, das ohne Vorgang ist. Doktrinärer Streit um die herkömmlichen, überholten Ideologien wäre müßig. Experimente einer staatlichen Wirtschaftsführung, Sozialisierungen und Nationalisierungen wären nicht geeignet, die Lage zu wenden; die Nachrevolutionäre Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik in Rußland lehrt das. Wird dagegen Deutschlands Eingliederung in die ungehemmte weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, zu der wir uns bekennen, errungen, so ist ein sozioökonomischer Aufstieg eingeleitet, dem gegenüber alle konjunkturellen Aufwärtsbewegungen verblassen müssen. Die Arbeiterbewegung ist dazu berufen, auch ihrerseits das Signal zum neuen Aufbruch zu geben, und der Arbeiterklasse ihren fairen Anteil an dem erhöhten Ertrage der gesellschaftlichen Arbeitsleistung zu sichern. Ohne Rücksicht auf die Mannigfaltigkeit der Meinungen, der sozialen Standorte und der Parteizugehörigkeit müssen sich Die miteinander verbünden, die aus gleicher Gesinnung für unsere und für die Freiheit Aller kämpfen wollen. Wir sind bereit.